

Es gilt das gesprochene Wort

Schulinvestitionsprogramm bis 2011

Grundsätzlich begrüßen wir die Verlagerung des schulischen Gebäudemanagement in das Da-Di- Werk, auch wenn man unseren Vorschlägen einer anderen Organisationsform nicht gefolgt ist. Wir, die CDU-Fraktion, *erhoffen* uns mit der Bündelung der schulischen Gebäudewirtschaft in dem Eigenbetrieb Kosteneinsparungen, mehr Wirtschaftlichkeit und vor allem eine Ziel orientierte Umsetzung der dringend notwendigen Gebäudesanierungen, Instandhaltungen sowie Ausbaumaßnahmen entsprechend der Schulentwicklungsplanung. Ein Ziel, mit dem wir alle konform gehen, um die Zeit der Mangelverwaltung aus den Jahren 2003 bis 2006 mit seinem jährlich nur durchschnittlichen Investitionsvolumen von ca. 5 Mio. € aufzuholen. Bereits in diesem Jahr zeigt sich im Bereich der geplanten Baumaßnahmen mit ca. 14 Mio. € eine positive Entwicklung ab. Ob dies mit der neuen Umlageberechnung zusammenhängt oder nicht sei dahingestellt.

Mit dem uns heute vorgelegten Schulbauprogramm mit Investitionen von ca. 111 Mio. € bis zum Jahr 2011 hat sich der Kreisausschuss ein noch ehrgeizigeres Ziel gesetzt. Ein Ziel, das unter Einbeziehung der Betriebskosten, Zinsen, Abschreibungen, etc. sich nach meinen vorsichtigen Schätzungen auf 222 Mio. € mit eher steigender Tendenz verdoppeln dürfte.

In 5 Jahren eine Summe, die in etwa den Einnahmen des Ergebnishaushaltes in diesem Jahr entspricht.

Eine Summe, die aufgrund der neuen Berechnungsweise letztlich von den Städten und Gemeinden zusätzlich zur Kreisumlage aufzubringen ist. Trotz dieser auch zukünftig steigenden Umlageentwicklung war der Finanzausschusssitzung zu entnehmen, dass das Investitionsprogramm für das Jahr 2008 heute angenommen wird. Lt. den vorliegenden Berechnungen wird, aufgrund der Investitionen in 2008, bei

unveränderter Daten der Hebesatz im Jahre 2009 von 16,4 % auf 17,29 ^{0/0} steigen. Ob eine positive wirtschaftliche Entwicklung in 2008 Ihnen, Herr Landrat, wieder die Gelegenheit gibt mitzuteilen, dass weder Kreis- noch Schulumlage verändert werden, darf angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung bezweifelt werden.

Dass diese Hebesätze in 2008 nicht verändert wurden ist alleine der Anpassung der Berechnungsgrundlage zuzuordnen. Dadurch werden trotz konstanter Hebesätze bei Schul- und Kreisumlage zusätzlich 11,5 Mio. € in die Kasse gespült.

Da die aufzubringenden Finanzmittel der Kommunen steigen werden ergibt sich bereits aus der Vorlage selbst. Beeinflusst werden die Kosten wahrscheinlich auch noch durch die, laut Auskunft, bisher noch nicht geklärte Situation des Mieter/Vermieter Verhältnis und des Einbringungswertes der Gebäude in den Eigenbetrieb.

In der Finanzausschusssitzung herrschte aber auch Einigkeit darüber, einer verbindlichen Festschreibung des Investitionsprogramms über das Jahr 2008 nicht zuzustimmen. Der Beigeordnete Herr Fleischmann hat recht, dass nach § 114 h HGO die "Ergebnis- und Finanzplanung und das Investitionsprogramm jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen sind, um eine geordnete Haushaltsentwicklung unter Berücksichtigung ihrer voraussichtlichen Leistungsfähigkeit in den einzelnen Planjahren zu sichern." Aber meine Damen und Herren, dem widerspricht die Ausgleichsverpflichtung der Kommunen bei der Schulumlage. Alleine aus der Tatsache, dass, bei den gewünschten Investitionen, sollen sie tatsächlich in den angedachten Zeiträumen umgesetzt werden, erhebliche Vorlaufszeiten bei Planung, Ausschreibung und Vergabe notwendig sind, besteht die Gefahr eines "Selbstläufers" und des damit verbundenen Vorwurfs der grundsätzlichen Zustimmung zum Investitionsprogramm.

Ebenfalls sind die Ausführungen aus dem Erlass des Hessischen Kultusministerium vom 4.10.2007 meines Erachtens in der uns vorliegenden Investitionsfortschreibung noch nicht eingeflossen.

Andererseits bedarf es auch für den Eigenbetrieb, bereits schon aus Kostengründen, einer gewissen Planungssicherheit.

Um den Verantwortlichen des Eigenbetriebes bereits die Planungssicherheit für das folgende Jahr auch bei der Einbringung

des Haushaltes und der vorbereitenden Arbeiten zu gewährleisten, stelle ich
folgenden Ergänzungsantrag zu der im Finanzausschuss geänderten Vorlage:
Um Planungssicherheit für die Investitionen bereits im laufenden Jahr
für das folgende Jahr zu geben, soll mit der Bekanntgabe der
Orientierungsdaten des Hessischen Ministerium, - die meistens im
August des vorhergehenden Jahres vorliegen - jedoch spätestens im
September die Finanzplanung für das kommende Jahr
dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt werden.
Ich bitte Sie, diesem Ergänzungsantrag zu zustimmen.